

# Behördenwillkür statt Integration

September-Abstimmungen zum Asyl- und zum Ausländergesetz

*Die SP lehnt beide Gesetze ab: Das Asylgesetz verletzt die Flüchtlingskonvention, die schweizerische Bundesverfassung wie auch die Menschenrechtskonvention. Das Ausländergesetz fördert die Behördenwillkür und führt unverhältnismässige Zwangsmassnahmen ein.*

Doris Stump

Nachdem am 16. Dezember 2005 sowohl das revidierte Asylgesetz als auch das neue Ausländergesetz nach engagierten Diskussionen von der Mehrheit des Nationalrates wie des Ständerates trotz des geschlossenen Widerstands der Linken und Grünen angenommen worden waren, lancierten zwei Komitees sofort die Referenden gegen beide Gesetze und brachten in kürzester Zeit die notwendigen Unterschriften zusammen.

Das verschärfte Asylgesetz trifft die Falschen Missbrauch im Asylwesen kann nur bekämpft werden, wenn alle Umstände sorgfältig abgeklärt werden. Pauschale Regelungen treffen meist die Falschen, zum Beispiel mit der neuen Anforderung, dass innerhalb von 48 Stunden nach der Ankunft in der Schweiz Reise- oder Identitätspapiere abgegeben werden müssen. Ohne diese Papiere soll auf das Asylgesuch gar nicht eingetreten werden. Damit verletzt die Schweiz die Genfer Flüchtlingskonvention sowie die Menschenrechtskonvention; denn gerade die wirklich Verfolgten haben oft keine Papiere.

Mit dem neuen Gesetz sollen Personen mit einem negativen Asyl-

entscheid keine Sozialhilfe mehr erhalten, ausnahmslos, auch Familien, Kinder ohne Eltern und Schwangere. Sie werden zum Untertauchen und zu einem Leben unter unwürdigen Bedingungen genötigt. Sie können gar nicht ausreisen, weil kein Land sie aufnimmt. Sie werden in die Illegalität und in die Überlebenskriminalität getrieben. Das ist gegen unsere Bundesverfassung.

## Asylsuchende werden in die Illegalität und in die Überlebenskriminalität getrieben.

Im weiteren werden die Fristen für Beschwerden und die Ausreise so knapp angesetzt, dass sie kaum wahrgenommen werden können – schon gar nicht von Menschen, die in Not sind und denen die nötige Rechts-hilfe nicht zur Verfügung steht. Die Abschaffung der Härtefall-Prüfungen durch die Bundesinstanz und das Fehlen einer Humanitären Aufnahmemöglichkeit sind zwei weitere Mängel des neuen Gesetzes\*.

Das neue Ausländergesetz behindert die Integration Vom neuen Ausländergesetz sind vor allem diejenigen Migrantinnen und Migranten in der Schweiz betroffen, die nicht aus einem EU-Land kommen. Sie haben neu selbst nach zehn Jahren regulären Aufenthalts in der Schweiz keinen Anspruch auf eine Niederlassung (Bewilligung

C). Dies erschwert die langfristige Lebensplanung und die Integration. Die Behörde kann zudem bereits für die Erteilung einer C-Bewilligung (nicht erst für die Einbürgerung) Anforderungen an die Integration stellen, was der Willkür Tür und Tor öffnet. Besonders schwerwiegend sind die neuen Einschränkungen beim Familiennachzug: Während EU-BürgerInnen ihre Kinder bis 21 Jahre problemlos nachziehen können, muss der Familiennachzug bei Nicht-EU-BürgerInnen innerhalb von fünf Jahren erfolgen, Kinder über 12 Jahre müssen sogar innerhalb von 12 Monaten nachgezogen werden. Allerdings stellt die Schweiz dann keine Kinderkrippen und Ganztages-schulen zur Verfügung, wenn beide Eltern erwerbstätig sein müssen. Zur Durchsetzung von Wegweisungsent-scheiden hingegen sind harte Sank-tionen vorgesehen: Ausländerinnen und Ausländer können neu bis zu maximal 24 Monate in Haft gesetzt werden. Das bringt nichts und kostet viel Geld.

Zu unterstützen wären die im Ausländergesetz ANAG neu vorgese-henen Massnahmen zur Förderung der Integration der Migrantinnen und Migranten. Aber die überwie-gend negativen Auswirkungen dieses Gesetzes würden die Integration eher behindern als diese fördern.

Darum müssen wir die beiden Gesetze am 24. September klar ab- lehnen!

Doris Stump aus Wettingen ist Nationalrätin.

\* Eine ausführliche Analyse der Schweizeri-schen Flüchtlingshilfe findet sich unter [www.osar.ch](http://www.osar.ch).

## EDITORIAL

### Die SP zeigt Flagge!

Markus Leimbacher und Claudio Marti

Nach einer engagierten Diskus-sion hat die SP Aargau an ihrem ordentlichen Parteitag vom 13.



Mai 2006 in Wettingen eine Resolution für eine zukunfts-fähige Aar-gauer Energie-politik verab-schiedet. Damit nehmen wir als Partei eine klare Position zur Förderung erneuerbarer Energien, zur

Energieeffizienz, zur Atom-strompolitik, zur Atommüll-lagerstandortfrage und zur Rolle des Kantons als AEW-Inhaber ein. Damit haben wir in diesem zentralen politischen Thema klar und deutlich Flagge gezeigt. Die SP-Fraktion im Grossen Rat wird bei der anstehenden Beratung des Planungsberichtes «energieAARGAU» diese Reso-lution umsetzen und zu dieser Farbe bekennen müssen. Es gilt vor allem klar zu machen, dass unser Kanton nicht länger an der unsinnigen Atomstrompoli-tik, die leider wieder salonfähig zu werden scheint, festhält. Als Standortkanton von drei Atom-kraftwerken muss der Aargau für eine nachhaltige Energiepoli-tik die Führungsrolle überneh-men und dabei eine dreigleisige Strategie verfolgen: erstens den Ausstieg aus der Atomenergie planen, so wie es die deutschen Nachbarn vormachen, zweitens die Förderung und Verbesserung der Energieeffizienz stärken und drittens den Stellenwert der er-neuerbaren Energien im Aargau erhöhen.

Wir erwarten, dass die bisher tatenlos zuschauende Regierung endlich auf allen Ebenen in diesem Sinn aktiv wird – damit im Aargau nicht nur die SP, sondern auch die Regierenden Flagge zeigen!

Markus Leimbacher aus Villigen ist Präsident der SP-Grossratsfraktion. Claudio Marti aus Basel ist Co-Präsident der SP Aargau.

## PEPERONA-PREIS 2006 DER SP FRAUEN AARGAU GEHT AN feMAIL

je. Der Förderpreis der SP Frauen Aargau für die Gleichstellung von Frau und Mann des Jahres 2006 geht an die beiden Frauenfachstellen der reformierten und der römisch-katholischen Landeskirchen im Aargau für das Informationsblatt feMAIL. Damit würdigen die Sozialdemokratinnen das Engagement der beiden Organisationen für das Empowerment der Frauen. Die Jury will mit der Auszeichnung betonen, dass Gleichstellungsarbeit auch nach der Aufhebung der kantonalen Fachstelle in verschiedensten Bereichen der Gesellschaft noch immer dringend

notwendig ist. Die Preisträgerinnen erhalten einen Check von 2000 Franken. feMAIL erscheint seit 1997 als Informationsblatt der kirchlichen Frauenstellen Aargau und behandelt jeweils Gleichstellungsfragen aus sozialer, ökonomischer oder religiöser Perspektive. Herausgegeben wird die Broschüre von Andrea Kolb von der Fachstelle «Frauen, Männer, Gender» der reformierten Landeskirche und von Susanne Birke von der Frauenstelle der Römisch-Katholischen Kirche im Aargau. Seit der Schliessung des kantonalen Büros für

Gleichstellung sind diese beiden kirchlichen Stellen die einzigen professionell geführten Kompetenzzentren für Gleichstellungsfragen im Aargau. Vor diesem Hintergrund ist die Vernetzungsarbeit unter Frauenorganisationen und weiteren gleichstellungspolitischen Organisationen umso wichtiger. feMAIL schafft eine gemeinsame Plattform, stärkt und fördert die Zusammenarbeit und Koordination und trägt zur Sichtbarkeit gleichstellungspolitischer Anliegen bei. Der Preis wurde am 14. Juni feierlich überreicht.

INTERVIEW

## Politik ist mehr

Von Katharina Kerr

*links.ag: Cédric Wermuth, seit Januar 2006 arbeitest Du in der Geschäftsleitung der SP Aargau als Vertreter der JUSO mit. Welche Anliegen und Themen möchtest Du vertreten?*

Cédric Wermuth: Meine Aufgabe ist es, die Stimme der JungsozialistInnen zu vertreten. Wir Jusos haben teilweise sicher eine vielleicht unverbrauchtere und grundsätzlichere Art, Politik zu betreiben. Wir hinterfragen viel öfter Bestehendes und suchen die grundlegenden Auseinandersetzungen.



*Was machst Du, wenn Du nicht politisierst?*

Neben meiner Arbeit als Zentralsekretär der JUSO Schweiz und einigen kantonalen und regionalen Aufgaben in der Partei und ihrem Umfeld bleibt mir nicht mehr allzu viel Zeit. Ich studiere in Zürich Politikwissenschaft, Volkswirtschaft und ab nächstem Semester Sinologie. Einmal in der Woche spiele ich Fussball, ich mag Musik, gute Literatur, esse und trinke leidenschaftlich gern gut, und all das mit guten Freunden oder mit meiner Freundin.

*Was muss sich in der Aargauer Politik dringend ändern?*

Die Sozialdemokratische Partei. Wir müssen den irrsinnigen Glauben ablegen, dass die bürgerlichen Parteien irgendwann eine Politik betreiben, die nicht mehr nur den Anliegen ihrer privilegierten Klientel dient. Wir haben vergessen, dass wir dazu da sind, die Anliegen einer bestimmten Klasse zu formulieren. Wir müssen das «Wie» unserer Politik wieder dem «Was» unterordnen. Die Beteiligung an demokratischen Institutionen und Prozessen ist nicht Selbstzweck, sondern ein Mittel. Wir ordnen uns der parlamentarischen Agenda so sehr unter, dass wir ganz vergessen, dass Politik auch grössere Dimensionen hat.

Cédric Wermuth aus Lenzburg ist seit Januar 2006 Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau und Zentralsekretär der JUSO Schweiz.

# Wie viel? Wann? Wie? W

## Künftige Energiepolitik

der SP-Aargau

*Wir verbrauchen immer mehr Energie, und dies bei zur Neige gehenden Vorräten. Dabei verändern wir das Klima, verursachen unabsehbare Umweltschäden und nehmen grosse Risiken in Kauf. In absehbaren Zeiträumen wird die Energie nur noch begrenzt zur Verfügung stehen. Sie wird sehr viel teurer sein. Der Energiemangel wird Auslöser für wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Auseinandersetzungen sein, so auch direkt und indirekt Migrationsbewegungen auslösen. Dies wissen wir alles, oder wir haben zumindest schon davon gehört. Aber, reagieren wir dementsprechend?*

Peter Jean-Richard

In der Schweiz und speziell im Aargau sind die Probleme im Energiebereich vorhersehbar, Lösungsmöglichkeiten



bekannt, Massnahmen durchführbar und die notwendigen Mittel wären vorhanden. Das heisst, wir könnten es so einrichten,

dass wir mit weniger Energie auskommen, einen grossen Teil davon selbst nachhaltig erzeugen und erst noch die Umweltbelastung und die Risiken reduzieren.

Soweit sind wir uns auch in der SP wohl einig. Die Probleme beginnen bei den konkreten Fragen:

- Wie viel Energie dürfen wir in Zukunft noch verbrauchen?
- Wo müssen wir Energie sparen?
- Welche Technik müssen wir einsetzen, um die noch zur Verfügung stehende Energie optimal zu nutzen?
- Aus welchen Quellen müssen wir unseren Energiebedarf stillen, ohne unsere Umwelt zu schädigen und ohne uns grossen Risiken auszusetzen?
- Welche Veränderungen in unserer Art zu leben müssen bzw. wollen wir akzeptieren?
- Wie viel Geld müssen wir für die Lösung der Energieprobleme bereitstellen?
- Wie viel Zeit bleibt uns noch?

Die Beantwortung dieser Fragen hängt unter anderem davon ab, wie wir die Gefahren der Energieverknappung und der schon begonne-

nen Klimaveränderungen einschätzen und wie schnell wir selbst davon betroffen sein werden. Davon leiten wir ab, welche Priorität dieses Thema hat, und darauf basierend, wie schnell wir reagieren und wie gross die Mittel sind, die wir dafür einsetzen. Sicher ist, dass wir die anstehenden Fragen beantworten, Prioritäten setzen, Massnahmen einleiten und Konsequenzen tragen müssen.

Da wir uns nicht darauf verlassen können, dass andere schon das Richtige tun, müssen wir eine der treibenden Kräfte zur Lösung der Probleme sein. «Wir» ist die SP Aargau mit allen VertreterInnen in Behörden, Parlamenten und Verbänden, mit allen Sektionen, Parteimitgliedern und SympathisantInnen. Das Richtige tun bedeutet für uns, dem Thema eine sehr hohe Priorität zu geben, schnell aktiv zu werden und viel Geld, Zeit

**Das Energiethema wird in den kommenden Jahren ganz oben in der politischen Agenda stehen.**

und Kompetenz in die Lösung der Energieprobleme zu investieren.

Das Energiethema wird bei uns in den kommenden Jahren also ganz oben in der politischen Agenda stehen, sei es bei der Förderung alternativer, erneuerbarer Energie und von effizienteren Nutzungsmethoden, beim Energiesparen, bei einer auch energetisch sinnvolleren Raumnutzung und Mobilität und nicht zuletzt auch bei der Bereitstellung der notwendigen Ressourcen, um eine nachhaltige Energiepolitik umsetzen zu können.

Die notwendigen Ressourcen für eine neue Energiepolitik mögen im Gegensatz zu politischen Forderungen nach Steuerreduktionen stehen. Möglich ist auch, dass in anderen Bereichen weniger investiert werden kann. Vielleicht werden neue Erlasse notwendig. Eine Intensivierung der politischen Diskussion parteiintern und -extern über Energiefragen und alle damit zusammenhängenden Konsequenzen ist notwendig. Dieser Diskussion wollen wir uns stellen.

Peter Jean-Richard aus Aarau ist Grossrat.



Wie weit ist der Weg noch zu Alternativen?

BILD: MIT FREUNDL. GENEHM.

## ENERGIERESOLUTION

**Resolution der SP Aargau für eine zukunftsfähige Aargauer Energiepolitik, verabschiedet anlässlich des ordentlichen Parteitag der SP Aargau vom 13. Mai 2006 in Wettingen:**

**Die SP Aargau** unterstützt die Regierung des Energiekantons Aargau in all ihren Bestrebungen, national wie kantonal eine führende Rolle zugunsten einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Energiepolitik zu übernehmen.

**Die SP Aargau** teilt die Zielsetzung der Regierung, den Stellenwert der Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energie im Kanton Aargau zu stärken, namentlich mit dem Zweck, die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren. Die dafür in der Aufgaben- und Finanzplanung für die Jahre 2006 bis 2009 eingestellten finanziellen Mittel sind aber ungenügend.

**Für die SP Aargau** ist die 2000-Watt-Gesellschaft keine Vision, sondern ein klar anzustrebendes Ziel, das ohne Einbussen hinsichtlich Lebensqualität erreicht werden kann. Seit über einem Dutzend Jahren existiert im Aargau ein Energiegesetz. Es schreibt als wichtige Zielsetzungen unter anderem fest, dass die Nutzung einheimischer und erneuerbarer Energiequellen und Energieträger zu fördern sowie die Energie rationell, sparsam und wertigkeitsgerecht zu verwenden und insgesamt die Umweltbelastung zu vermindern seien. Der Ziele sind dies viele, die SP Aargau vermisst jedoch tatsächliche Fortschritte. (...)

**Die SP Aargau** fordert daher dezidiert die intensive Förderung der Energieeffizienz, den vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energien und die Beendigung des Experiments Atomenergie. Die Atomenergiepolitik – unter Berücksichtigung und entsprechender Gewichtung aller Fakten – ist kein zukunftsweisendes und damit auch kein verantwortungsvolles politisches Modell. Diese Energieform ist gesamtheitlich betrachtet teuer, unsicher und stellt künftige Generationen vor unlösbare Probleme. Die SP Aargau fordert daher, dass Alternativen endlich realisiert bzw. (weiter)entwickelt werden, um den Bedarf mit erneuerbaren Energien und ohne Atomenergie abzudecken. (...)

**Die SP Aargau** fordert überdies, dass der Kanton Aargau seine Verantwortung im Zusammenhang mit dieser Technologieentscheidung nicht einfach auf die Bundesebene abschiebt und zuwartet, sondern sich bereits heute aktiv für den vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energieformen stark macht. (...)

**Die SP Aargau** fordert, dass ...

– ... **im Kanton Aargau rasch ein Massnahmenpaket zur erheblichen Erhöhung der Energieeffizienz und zur umfangreichen Förderung der erneuerbaren Energien umgesetzt wird. Die dafür notwendigen finanziellen Mittel sind bereitzustellen.**

Die Erhöhung der Energieeffizienz und die Förderung der erneuerbaren Energien entsprechen nicht nur den strategischen Zielsetzungen der Eidgenossenschaft(...), sondern sind auch wirtschaftspolitisch wichtige Anliegen. Die Schweiz war einst führend im Bereich Solarenergie. Mittlerweile besteht jedoch die Gefahr, bei den Technologien für erneuerbare Energien den Anschluss zu verpassen. Ein Ausstieg aus der Atomenergie würde bei diesen Technologien einen Innovationsschub auslösen (...). Und es würde ein Mehrfaches an Arbeitsplätzen geschaffen, als in der Atomindustrie verloren gingen. Dabei handelt es sich um umweltver-

träglich und damit längerfristig gesicherte Arbeitsplätze. (...)

– ... **der Kanton Aargau nicht länger an einer unsinnigen Atomstumpolitik festhält, sondern schweizweit eine Führungsrolle im Bereich einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Energiepolitik übernimmt, nicht zuletzt auch gegenüber den Bundesbehörden.**

Atomenergie und Atompolitik haben keinerlei Zukunft. Die Erzeugung von Atomenergie hat in vielerlei Hinsicht negative Auswirkungen, namentlich mit Bezug auf Umwelt und Sicherheit. Die unbeschränkte Verfügbarkeit von Atomstrom verhindert die Weiterentwicklung neuer zukunftsträchtiger Technologien sowie die Energieeffizienz und fördert die Energieverschwendung. Der Aargau als Standortkanton von drei Atomkraftwerken muss im Bereich einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Energiepolitik schweizweit die Führungsrolle übernehmen. Der Regierungsrat soll dabei eine dreigliedrige Strategie verfolgen: Atomausstieg, Verbesserung der Energieeffizienz und Förderung der erneuerbaren Energien.

– ... **der Standortentscheid für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle erst dann gefällt wird, wenn der Bau neuer AKWs in der Schweiz definitiv ausgeschlossen und die Erzeugung von Atommüll aus bestehenden AKW befristet ist. Die SP Aargau erwartet, dass der Regierungsrat auf allen Ebenen in diesem Sinne aktiv wird.**

Die Eidgenossenschaft und der Kanton Aargau haben ihre Verantwortung bei der Entsorgung des Atommülls uneingeschränkt wahrzunehmen. Wer für die Entstehung von atomarem Abfall verantwortlich ist, muss sich auch um dessen fachgerechte Entsorgung kümmern. (...) Allerdings: Der konkrete Standortentscheid ist nicht nur eine Frage der Sicherheit respektive der allfälligen Eignung der jeweiligen Gesteinsformationen und geologischen Verhältnisse, sondern bedarf angesichts der Risiken und der sozioökonomischen Nachteile für die Standortregion einer Rechtfertigung. Diese ist erst gegeben, wenn sichergestellt ist, dass in der Schweiz und somit auch im Kanton Aargau keine weiteren Atomkraftwerke gebaut werden.

– ... **der Kanton Aargau seine Verantwortung als Inhaber der AEW Energie AG und deren Beteiligungen endlich umfassend und mit entsprechender Vorbildfunktion wahrnimmt.**

Durch seine namhaften Beteiligungen kann der Kanton Aargau eine zukunftsgerichtete Energiepolitik betreiben und darauf hinwirken, dass die Stromanbieter vermehrt entsprechende Angebote etwa im Bereich der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien (...) lancieren und auch offensiv vermarkten. Damit kann in Bezug auf die nachhaltige Entwicklung ein wichtiger Impuls gegeben werden. Die SP Aargau fordert deshalb die schnellstmögliche Definition und Umsetzung von wenigstens mit anderen fortschrittlicheren Kantonen vergleichbaren, wenn nicht gar schweizweit führenden Beschaffungsstandards in den Bereichen der Ökologie, Gleichstellung von Frau und Mann sowie im Bereich der Lehrlingsausbildung. (...)

**Der vollständige Text der Resolution kann auf [www.sp-aargau.ch](http://www.sp-aargau.ch) nachgelesen werden.**

## KOMMENTAR

## Wieder Trend

Katharina Kerr

*Wer sich gegen den Feind nicht wehrt, hilft diesem. So ist es auch bei der Atomenergie. Die*



*zögerliche Haltung der Aargauer Regierung beim dringenden Standortentscheid zu End-*

*lagern hilft uns hier gar nichts. Das konnten wir allerdings auch kaum erwarten von diesen Regierungsräten. Die fünf älteren Gladiatoren traten noch nie gegen die gefährliche Nuklearenergie an, nicht Baudirektor Peter Beyeler, der früher sein Brot von der Motor Columbus hatte, und nicht Volkswirtschaftsdirektor Kurt Wernli, der die «Option Kernenergie» in seinen Wahlkämpfen immer besonders betont hat. Weder Lucens noch Tschernobyl haben bei diesen Herren ein Umdenken bewirkt. Bei Baudirektor Beyeler liegt das Dossier energieAARGAU, und dieses enthält noch immer die gefährlichste aller Energieoptionen, die Atomenergie.*

*Die SP Aargau hat sich am Parteitag vom 13. Mai 2006 klar anders geäussert. Nun gilt es, Rückgrat zu beweisen. Es hilft nichts, sich mit den hohen Kosten dieser Energie zu trösten: Wenn es um die Durchsetzung von Interessen ging, haben Kosten noch selten eine Rolle gespielt. Kaiseraugst war eine Ausnahme, der von bürgerlicher Seite organisierte Verzicht auf dieses politisch bekämpfte wie finanziell für die involvierten Banken zum Klumpenrisiko gewordene Projekt vom 29. September 1988 darf nicht als ewige Garantie für politische Vernunft genommen werden. Denn heute gibt es weltweit wieder einen Trend zur Atomenergie. Schweden, das ganz auf Alternativen umsteigen will, bildet eine löbliche Ausnahme. Die SP-Fraktion ist gut beraten, ein Paket energieAARGAU mit Atomenergie an den Absender zurückzuschicken. Auch wenn es kleine Trösterli für die Linke und die ÖkologInnen enthält.*

Katharina Kerr aus Aarau ist Grossrätin und Redaktorin links.ag.

## AGENDA

SP AARGAU



Gastgeber: Nationalrat Urs Hofmann  
Ehrengast: Nationalratspräsident Claude Janiak

## caféNational

SAMSTAG, 17. JUNI 2006  
9.30 BIS 11.30 UHR  
IM PARK HINTER DEM GROSSRATSGEBÄUDE  
(BEI SCHLECHTER WITTERUNG:  
IM IBA-SAAL, OBERE VORSTADT 37)

AARGAU

MENU

SOMMERSESSION À LA MINUTE!  
SERVIERT VON

NATIONALRAT URS HOFMANN  
UND NATIONALRATSPRÄSIDENT

CLAUDE JANIAC

DESSERT:  
DES QUESTIONS SURPRISES.

Alle sind herzlich willkommen. Im Anschluss an das Café National öffnet die SP Aarau einen Apéro.

### SP KANTON AARGAU

20. Juni, 17.30 Uhr: Geschäftsleitungssitzung, Volkshaus Aarau, Bachstrasse 43

### SP KANTON AARGAU

27. Juni: 19.30 Uhr: ausserordentlicher Parteitag; Aarau, Kultur- und Kongresszentrum Kuk

### SP KANTON AARGAU

15. August, 17.30 Uhr: Geschäftsleitungssitzung, Volkshaus Aarau, Bachstrasse 43

Die Termine und weitere Veranstaltungshinweise und die Berichterstattung aus dem Grossen Rat finden sich unter der Rubrik «Agenda» bzw. «Grosser Rat» auf der Homepage der SP Aargau: [www.sp-aargau.ch](http://www.sp-aargau.ch). Die dortige Terminliste wird laufend aktualisiert bzw. ergänzt.

### IMPRESSUM

SP Aargau  
Bachstrasse 43 / Postfach  
5001 Aarau  
Telefon 062 834 94 74  
Fax 062 834 94 75  
[sekretariat@sp-aargau.ch](mailto:sekretariat@sp-aargau.ch)  
Homepage [www.sp-aargau.ch](http://www.sp-aargau.ch)  
Redaktion: [katkerr@katkerr.ch](mailto:katkerr@katkerr.ch)  
An dieser Nummer haben mitgearbeitet: Jeannette Egli Schläpfer (je.), Marco Giuliani (mg), Peter Jean-Richard, Katharina Kerr, Markus Leimbacher, Claudio Marti, Doris Stump.

# Ein Leben im öffentlichen Dienst

SVA-Direktor Kurt Widmer geht in Pension

*Ende Juni beendet Kurt Widmer mit 63 Jahren seine berufliche Tätigkeit. Diese hat er an verschiedenen Orten fast durchwegs im Dienst der Öffentlichkeit absolviert. Und seit dem 20. Altersjahr als SP-Mitglied.*

Katharina Kerr

«Ich komme noch heute jeden Tag gerne zur Arbeit,» meint der Direktor der Sozialversicherung Aargau SVA. Die heute von der politischen Rechten betriebene «Verteufelung» der Sozialversicherungswerke aber findet er «völlig fehl am Platz». Die IV handle nach Gesetz, es gehe nicht darum, Leistungen zu verweigern, sondern darum, diese gerecht zu verteilen. Und: Nach seiner Erfahrung werde in den Sozialversicherungen viel weniger Missbrauch getrieben als in der Privatassekuranz. In den 21 Jahren, in denen Kurt Widmer der Kantonalen Ausgleichskasse und seit Januar 1995 der SVA vorstand, hat sich diese Sozialversicherung stark bewegt, und dies nicht ohne kräftiges Zutun ihres engagierten Chefs. Dazu kamen neue Versicherungsweige wie die Krankenkassenprämienverbilligung und die Mutterschaftsversicherung, und es wurden (weitere) Gesetzesänderungen bei AHV, IV und EO vollzogen. Auch äusserlich gab es mit Renovationen und Neubauten Änderungen im Areal an der Kyburgerstrasse im Aarauser Zelgliquartier. Dementsprechend wuchs die Zahl der Angestellten in dieser Staatsanstalt seit dem Amtsantritt Widmers im Juni 1985 von 100 auf heute 250.

Aber das war nicht alles, was die «Ära Widmer» ausmacht. Als Kurt Widmer als Vorsteher der AK gewählt wurde und damit den langjährigen Chef derselben, den freisinnigen Dr. Karl Häuptli, ablöste, wurde auch ein Kulturwandel eingeleitet: Plötzlich kam Kunst ins Haus, dazu Pflanzen und Blumenschmuck. Und der Vorsteher war für alle zugänglich. Das bestätigen auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SVA: Dieser Chef sei «angestelltenfreundlich», fördere Weiterbildung und Karriere der Mitarbeitenden, entscheide in geschäftlichen wie in persönlichen Angelegenheiten rasch und nachvollziehbar, wie denn überhaupt alle Entscheide transparent seien. Der Chef entschädige besondere Leistungen umgehend, auch mit Wertschätzung, er sei überhaupt «natürlich» und «nicht abgehoben». Widmer



BILD: ZVG

arbeite schnell und «hoch effizient», das Unternehmen sei in jeder Beziehung up to date. So hat sich die SVA kürzlich nicht nur ISO 9001/2000 rezertifiziert, sondern wurde letztes Jahr wegen seiner überdurchschnittlichen Managementqualität von der Schweizer Stiftung Esprix als Finalistin des Schweizer Qualitätspreises für Business Excellence ausgewählt. Widmers Nachfolgerin, die Basler Soziologin und dreifache Mutter (mit Lehrer und Hausmann als Ehepartner) Bergita Kayser Schmutz, kann so ein wirklich ausgezeichnetes Amt antreten.

Angefangen hat die Laufbahn des Döttinger Sohns eines Chefmechanikers und SP-Gemeinderats mit einer KV-Lehre im Bezirksspital Leuggern. Auf eine kurze Zeit in der Privativwirtschaft folgte das Amt des Gemeinbeschreibers und Finanzverwalters in Endingen von 1966 bis 1975, dies als SP-Mann in einem CVP- und SVP-Dorf. 1969 wurde Kurt Widmer, zusammen mit seinem Vater, in den Grossen Rat gewählt, dem er bis zur Berufung zum Verwalter der Öffentlichen Arbeitslosenkasse 1976 angehörte – als jüngstes SP-Fraktionsmitglied, jedoch nie als Hinterbänkler. Sondern als (stets in elegantes Nadelstreifen-Gewand gekleideter) SP-Hoffnungsträger und Mitglied der wichtigen Kommissionen. Berufsbegleitend bildete sich Widmer sodann zum Betriebsökonom weiter. Viele Grossräte «landeten» in kantonalen Kaderfunktionen, keiner ausser Widmer aber als Direktor einer Staatsanstalt. Das Amt eines Regierungsrats jedoch blieb Kurt Widmer verwehrt. Was seiner Loyalität der Partei gegenüber aber keinen Abbruch tat.

Der schöne und kurze Dank Kurt Widmers im SVA-Jahresbericht 2005 entspricht seiner gelassenen Haltung: «Ich gehe froh, dass ich einen solchen Superjob machen durfte», meint er im Gespräch. Nun will er sich noch mehr der Familie widmen: der Gattin Dora, den vier Kindern und den Enkeln. Aber auch einer öffentlichen Aufgabe: dem Museum seiner Wohngemeinde Kölliken. Und: «Nichtstun. Nicht tun, was andere wollen.»

Katharina Kerr aus Aarau ist Grossrätin und Redaktorin links.ag.

## AUSSCHREIBUNG

Die SP Aargau sucht auf den ausserordentlichen Parteitag vom 27. Juni 2006

### 1 DELEGIERTE/N DER SP AARGAU FÜR DIE DV DER SP SCHWEIZ

Die Delegiertenversammlung ist das oberste Organ der Partei zwischen zwei Parteitagen. Ihre Beschlüsse sind für Kantonalparteien sowie für Bezirks- und Ortsparteien verbindlich. Die DV findet dreimal jährlich bzw. vor den eidg. Abstimmungsterminen in verschiedenen Landesteilen statt (jeweils samstags). An der DV werden nebst zahlreichen anderen Geschäften die Parolen zu den Abstimmungsvorlagen gefasst.

Voraussetzung für dieses Mandat sind die Mitgliedschaft in der SP Aargau, die Bereitschaft, die DV regelmässig zu besuchen, sowie ein ausgeprägtes Interesse an der nationalen Politik.

Bewerbungen können mit den üblichen Unterlagen ab sofort an das Sekretariat der SP Aargau, Postfach, 5001 Aarau, gerichtet werden.